

Elterngeld:

Wie Agenda-Setting und neue Interessenkoalitionen den familienpolitischen Paradigmenwechsel ermöglichten

Dr. Martin Bujard

Mit der Einführung des Elterngeldes vollzog die deutsche Familienpolitik unter Ministerin Ursula von der Leyen (CDU) einen weitreichenden Paradigmenwechsel. Vorbereitet wurde dieses Projekt jedoch unter parteipolitisch völlig anderen Vorzeichen. Nicht von der Leyen sondern ihre SPD-Amtsvorgängerin Renate Schmidt hatte das Projekt angestoßen. Auf Sympathie stieß sie damit in der SPD, bei Frauenpolitikerinnen der Union und in der Wirtschaft. Ablehnung kam dagegen aus großen Teilen der Union, aus der katholischen Kirche und von Haushaltspolitikern. Als von der Leyen nach der Bundestagswahl 2005 das Amt der Bundesfamilienministerin übernahm, war sie sich der überwiegenden Ablehnung gegenüber dem Elterngeld in ihrer Partei bewusst. Wie es von der Leyen und Schmidt trotzdem erfolgreich gelang das Elterngeld einzuführen, zeichnet diese Falldarstellung mit Hilfe der Systematik des ReformKompass nach.